

Vermögensungleichheit und die Bedeutung von Erbschaften und Schenkungen

Sebastian Leitner¹

Auf einen Blick

Die Vermögensungleichheit der privaten Haushalte in Deutschland ist eine der höchsten in der Eurozone. Trotzdem wird sie in den meisten Untersuchungen noch unterschätzt. Erbschaften und Schenkungen sind der wichtigste Faktor für Vermögensunterschiede zwischen den Haushalten. Die in den kommenden Jahrzehnten anfallenden Erbschaften der Nachkriegsgeneration werden zu einem weiteren Anstieg der Vermögensungleichheit und damit verbundenen Problemen für Wachstum und sozialen Zusammenhalt führen, sollten tiefgreifende Änderungen in der Besteuerung von Erbschaften auch in Zukunft ausbleiben.

Vermögen sind in Deutschland ungleicher verteilt als in allen Euroländern, ausgenommen ein einziges Land: Österreich. Die Tatsache, dass Vermögen wesentlich ungleicher verteilt sind als Einkommen, wurde für Deutschland u. a. bereits 2002 durch die Vermögensdaten des Sozioökonomischen Panel (SOEP), der Haushaltsbefragung des DIW, dargelegt. Im Jahr 2010 erfolgte erstmals eine durch die Nationalbanken aller Euroländer methodisch nahezu einheitlich durchgeführte Befragung (Household Finance and Consumption Survey – HFCS, in Deutschland auch Datensatz Private Haushalte und ihre Finanzen – PHF benannt). Diese Daten erlauben nun einen guten Vergleich der Vermögenslage und -verteilung der Haushalte auch zwischen den Ländern der Eurozone. Basierend auf diesen Daten lag die Ungleichheit der Nettovermögen (Bruttovermögen minus Schuldenstand) in Deutschland im Jahr 2010 bei 0,758 gemessen am Gini-Koeffizient. Diese Maßzahl beträgt bei völliger Gleichverteilung zwischen den Haushalten 0, bei völliger Ungleichverteilung 1 (d. h. ein Haushalt besitzt das gesamte private Vermögen). Je höher also der Gini-Koeffizient, desto ungleicher ist die Verteilung in der Bevölkerung. Der Gini-Koeffizient der Nettohaushaltseinkommen liegt (basierend auf SOEP-Daten) ungleich niedriger; im Referenzjahr 2010 in Deutschland bei 0,28. Innerhalb der Eurozone (siehe Abbildung) ist die Ungleichheit der Nettovermögen, basierend auf HFCS-Daten, am niedrigsten in der Slowakei (0,448) und am höchsten in Österreich (0,762).

SOEP- und HFCS-Berechnungen unterschätzen Vermögensungleichheit

Die Tatsache, dass eine relativ geringe Anzahl an Haushalten einen relativ großen Anteil des gesamten Privatvermögens hält, führt zu einer Unterschätzung der Vermögensungleichheit bei Verwendung von Daten aus Haushaltsbefragungen (SOEP sowie HFCS). Zunächst einfach deswegen, weil die Wahrscheinlichkeit, diese wenigen wohlhabenden Haushalte in der Stichprobe der befragten Haushalte gut abzudecken, relativ gering ist. Darüber hinaus lehnen vermögendere Haushalte die Teilnahme an Haushaltsbefragungen tendenziell eher ab und beantworten Fragen zu Vermögensbeständen und deren Erwerb ungern. Dies ist durchaus verständlich, da mit steigendem Vermögen die Möglichkeit, nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Macht auszuüben sowie leistungsfreies Einkommen zu erzielen, überproportional steigt. Diese Tatsache ist jedoch nur schwer mit Ideen von Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit in Einklang zu bringen und führt zu einer sinkenden Legitimation von Vermögensunterschieden. Daher schätzen sich auch die vermögendsten Haushalte als zum Mittelstand gehörend ein – niemand sieht sich gerne als reich und daher privilegiert – zumindest möchte es niemand sagen.

Durch Hinzunahme von Informationen über die Reichsten einer Gesellschaft aus anderen Datensätzen, wie zum Beispiel der Liste der Milliardäre des Forbes Magazins, kann jedoch eine bessere Schätzung des Vermögensbesitzes der wohlhabendsten Gruppen der Gesellschaft vorgenommen werden. Der Anteil des reichsten Prozents der Haushalte liegt sodann in Deutschland bei 33 Prozent des gesamten Privatvermögens (statt bei 24 Prozent basierend auf HFCS-Daten), der Anteil der reichsten fünf Prozent der Haushalte bei 52 Prozent.²

Gründe der Ungleichheit zwischen Haushalten

Noch unklarer als die Höhe der Vermögensungleichheit ist allerdings, wie stark einzelne Faktoren diese beeinflussen: Werden Vermögen durch erwirtschaftetes Einkommen und Ersparnisse aufgebaut? Oder ist Reichtum hauptsächlich ererbt? Ist die beobachtete Ungleichheit auch Ergebnis der Vermögensunterschiede zwischen jungen (Single-)Haushalten und jenen, die über die Lebensspanne Vermögen aufgebaut haben? Sind höhere Vermögen auch auf bessere Ausbildung zurückzuführen oder eventuell Ergebnis unterschiedlicher Haushaltsgrößen?

Für eine aufgeklärte Diskussion über Vermögensungleichheit ist weniger von Bedeutung, ob die oben gestellten Fragen mit Ja beantwortet werden können (denn offensichtlich sind alle Erklärungen mehr oder weniger relevant), sondern welche Begründungen mehr und welche weniger Gewicht haben. Die zentrale Frage einer kürzlich erschienenen Studie³ des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) war, in welchem Ausmaß die Vermögensungleichheit in Deutschland und anderen Euroländern insbesondere auf die ungleiche Verteilung von Erbschaften und Schenkungen zurückzuführen ist. Alternative Einflussfaktoren auf die Verteilungssituation, die in der Untersuchung berücksichtigt wurden, sind Unterschiede in den Haushaltseinkommen und sozioökonomischen Charakteristika zwischen den Haushalten (Bildungsstand, Haushaltsgröße und -struktur, Durchschnittsalter, Familienstand und Migrationshintergrund der Haushalte).

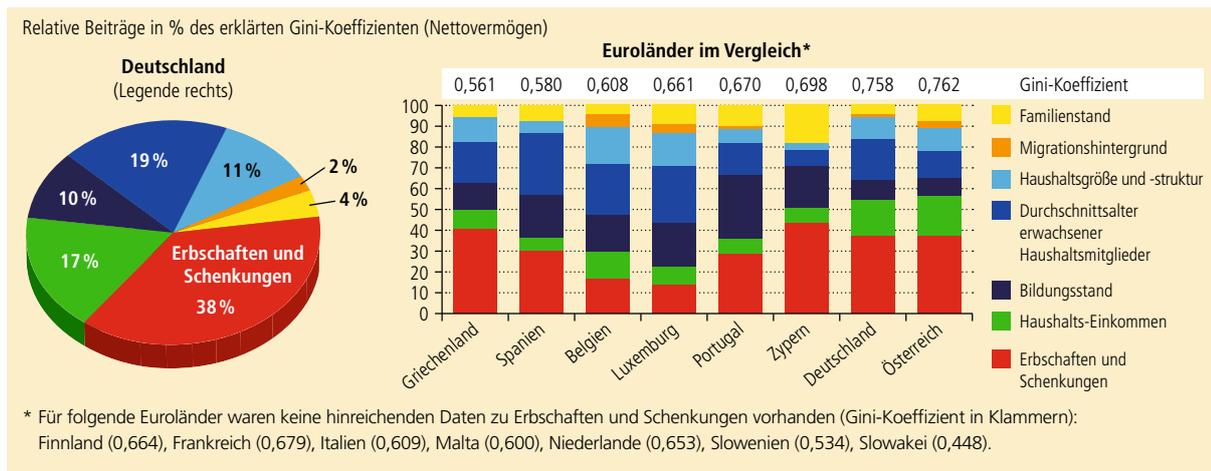
Mittels ökonomischer Zerlegungsverfahren (shapley value decomposition) wurde die relative Bedeutung dieser einzelnen mikroökonomischen Erklärungsfaktoren untersucht. Hochsignifikant dabei: Erbschaften und Schenkungen liefern in Deutschland den höchsten Beitrag zur Ungleichheit von Nettovermögen (siehe Schaubild). Fast 40 Prozent der gemessenen Ungleichheit kann darauf zurückgeführt werden. Im Europavergleich liegt die relative Bedeutung von Erbschaften und Schenkungen nur in Zypern und Griechenland leicht über jener Deutschlands; Österreich liegt gleich auf.

Die hohe Bedeutung von Erbschaften für die Vermögensungleichheit in Deutschland ist nicht weiter verwunderlich und wird auch durch andere Autoren bestätigt.⁴ Beträgt doch der Anteil der Haushalte, die geerbt haben, in der unteren Hälfte der Vermögensverteilung weniger als 20 Prozent, während im reichsten Zehntel ca. 65 Prozent der Haushalte zumindest eine Erbschaft erhalten haben. Darüber hinaus erben vermögendere Haushalte im Schnitt auch höhere Beträge und Vermögenswerte mit überdurchschnittlichen Renditen: Unternehmensbeteiligungen, Finanzvermögen, Immobilien.

Einkommensunterschiede nur halb so relevant

So ist es nicht verwunderlich, dass Vermögensungleichheit nur zu einem relativ geringen Teil aus der Einkommensposition der Haushalte zu erklären ist. Unterschiede im Haushaltseinkommen tragen in

Abbildung: **Erklärungsfaktoren der Vermögensungleichheit privater Haushalte**



Quelle: HFCS 2010, Berechnungen: wiiv.

Deutschland nur 17 Prozent zur Gesamtungleichheit der Nettovermögen bei. Obwohl self-made (wo)men in der öffentlichen Berichterstattung meist höhere Aufmerksamkeit erfahren als Personen, die ihre gesellschaftliche Stellung u. a. einer Erbschaft oder Schenkung schulden, wird auch Deutschland zunehmend zu einer Republik der Erben. Diese Tendenz wird sich in den kommenden Jahren verstärken.⁵

Wie zu erwarten prägen auch weitere sozioökonomische Unterschiede zwischen den Haushaltsgruppen die Vermögensungleichheit, ihre Einzelbeiträge sind jedoch relativ gering. Es zeigt sich, dass ein höherer Bildungsstand des Haushalts auch mit einem höheren Vermögen einhergeht (unabhängig von Erbschaft, Verdienst, Alter oder anderen Einflussfaktoren). In Deutschland ist dieser bereinigte Effekt des durchschnittlichen Bildungsniveaus der Haushalte jedoch relativ gering. Nur etwa zehn Prozent der Vermögensungleichheit kann durch Bildungsunterschiede erklärt werden.

Die Analyse zeigt auch, dass Individuen und Haushalte während ihres Erwerbslebens – soweit ein genügend hohes Einkommen vorhanden ist – über den Lebenszyklus Vermögen ansparen und dieses in der Rentenphase (auch durch Schenkungen) wieder leicht absinkt. In Deutschland sind jedoch nur 19 Prozent der Vermögensungleichheit durch diese „Lebenszyklushypothese“, wonach das Durchschnittsalter der erwachsenen Haushaltsmitglieder die Vermögensunterschiede wesentlich bestimmt, zu erklären.

Ein offensichtlicher Grund für unterschiedlich hohe Vermögensbestände zwischen Haushalten ist

die Haushaltsgröße und -struktur: Je mehr Erwachsene im Haushalt leben, desto größer sollte die Möglichkeit sein, aus vorhandenem Einkommen zu sparen, aber auch der Anreiz vorzusorgen sollte steigen. Die Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder kann durch steigende Konsumausgaben und Sparanreize für die Nachkommenschaft theoretisch sowohl einen positiven als auch einen negativen Einfluss auf den Vermögensaufbau haben. Der Gesamteffekt der Haushaltsgröße und -struktur (Erwachsene und Kinder) erklärt in Deutschland elf Prozent der gesamten Vermögensungleichheit.

Zwei weitere Variablen wurden zur Erklärung der Vermögensungleichheit herangezogen: das Geburtsland sowie der Familienstand des (männlichen oder weiblichen) Haushaltsvorstandes. Haushalte, deren Vorstände zugewandert sind, haben in Deutschland wie in fast allen analysierten Euroländern geringere Nettovermögen. Die Analyse zeigt zudem, dass in Deutschland Haushalte mit verheirateten oder verpartnerten Vorständen höhere Vermögensbestände besitzen als Single-Haushalte oder jene mit verwitweten oder geschiedenen Haushaltsvorständen (unabhängig von der Haushaltsgröße). Die Variablen Familienstand und Migrationshintergrund tragen in Deutschland vier Prozent bzw. zwei Prozent zur gemessenen Vermögensungleichheit bei.

Reduziert nicht die Erbschafts- und Schenkungssteuer die Vermögensungleichheit?

Insgesamt ist festzuhalten, dass in allen Wohlstandsgesellschaften die Bedeutung von Erbschaften und Schenkungen für den Vermögensaufbau

der Haushalte stetig zunimmt. Dies ist auch eine der wesentlichen Beobachtungen des französischen Ökonomen Thomas Piketty⁶, dessen Analysen in den letzten Jahren die Diskussionen zum Thema Vermögensungleichheit befeuert haben. In Deutschland belief sich die geschätzte Höhe der jährlichen Erbschaften in den 1960er Jahren noch auf weniger als zwei Prozent des Nationaleinkommens; 2009 waren es bereits etwa elf Prozent – Tendenz steigend.⁷

Auch die Einnahmen aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer sind in Deutschland angestiegen – jedoch insbesondere seit Anfang der 1990er Jahre unterdurchschnittlich. Die jährlichen Erb- und Schenkungsflüsse betragen im Jahr 1990 geschätzte 60 Milliarden Euro und stiegen auf ca. 220 Milliarden Euro im Jahr 2010, während die Einnahmen aus Erbschafts- und Schenkungssteuer von 1,5 Milliarden Euro auf nur 4,4 Milliarden Euro anwuchsen. Nebst hohen Freigrenzen ermöglicht der Gesetzgeber durch weitreichende Steuergestaltungsmöglichkeiten (z. B. Verlagerung von Privatvermögen in Betriebsvermögen) eine wesentliche Reduktion der effektiven Steuersätze. Die derzeit noch geltende Begünstigung von Betriebsvermögen ging selbst dem Bundesverfassungsgericht zu weit; eine Neuregelung durch den Gesetzgeber muss bis Ende Juni 2016 erfolgen.

Die Gesamteinnahmen aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer sind in Deutschland somit relativ gering (2010: 0,17 Prozent des BIP) bzw. unterdurchschnittlich im Vergleich zu jenen OECD-Ländern, die eine solche Besteuerung ebenfalls vorsehen. Obwohl die deutsche Erbschaftssteuer nur relativ große Erbschaftsfälle erfasst und die Steuerbelastung progressiv gestaltet ist, kann die (schnel-

ler) wachsende Vermögenskonzentration durch sie nur in geringem Ausmaß gemildert werden.⁸ Somit wird auch der im Schaubild dargestellte Beitrag der Erbschaften zur Vermögensungleichheit nur in geringem Maße durch Steuern reduziert und in Zukunft weiter steigen. Eine Umkehr dieses Trends würde tiefgreifende Änderungen in der Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen voraussetzen.

Gefahren steigender Ungleichheit in der Demokratie

Steigende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen hat nicht nur negative soziale Auswirkungen, sondern reduziert auch aufgrund sinkender Investitionsneigung langfristige Wachstumschancen. Darüber hinaus stellt die seit den 1980er Jahren erfolgte Umverteilung von unten nach oben ein zunehmendes Problem für demokratisch verfasste Leistungsgesellschaften dar. Der Begriff der Leistungsgerechtigkeit kann nur mehr schwer als Legitimation für materielle Unterschiede zwischen Personen und Bevölkerungsgruppen herangezogen werden, wenn die Gehaltsschere zwischen Topverdiener_innen und einfachen Angestellten rasant auseinandergeht und Vermögensunterschiede zunehmend auf den Zufall, in die „richtige“ Familie geboren zu sein, zurückzuführen sind. Werden die Differenzen in den Lebensrealitäten zwischen „oben“ und „unten“ größer, fühlen sich jedoch nicht nur die „unten“ ausgegrenzt. Insbesondere der sogenannte Mittelstand hat Angst davor, trotz treu gelebter Leistungsmoral Status und Freiheitsräume zu verlieren. Sinkende Einkommens- und soziale Mobilität bedrohen seine Aufstiegschancen und insbesondere die seiner Kinder. Die gängige Reaktion ist Entsolidarisierung, das Verteidigen des Erreichten gegenüber denen da „unten“, zu denen man nicht gehören möchte.

- 1 Der Autor ist Ökonom am Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw). Der Artikel basiert u. a. auf dem in Fußnote 3 angegebenen Artikel und einem Beitrag im blog.arbeit-wirtschaft.at (10.3.2015) der Arbeiterkammer Wien. Dank für hilfreiche Vorschläge und Unterstützung an Stefan Jestl und Mario Holzner (wiiw), Georg Feigl, Miriam Rehm und Matthias Schnetzer (AK Wien) und Philipp Korom (MPIFG – Köln).
- 2 Vermeulen, Philip: How Fat Is the Top Tail of the Wealth Distribution?, European Central Bank Working Paper 1692, Frankfurt am Main, July 2014.
- 3 Leitner, Sebastian: Drivers of Wealth Inequality in Euro Area Countries, Working Paper-Reihe der AK Wien, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 137, Wien, Februar 2015.
- 4 Bönke, Timm; Corneo, Giacomo; Westermeier, Christian: Erbschaft und Eigenleistung im Vermögen der Deutschen: Eine Verteilungsanalyse, Freie Universität Berlin, Fachbereich Wirtschaftswissenschaft, Diskussionsbeiträge Economics 10, Berlin 2015.
- 5 siehe Fußnote 3.
- 6 Piketty, Thomas: Capital in the Twenty-First Century, Harvard University Press, Cambridge, MA 2014.
- 7 Schinke, Christoph: Inheritance in Germany 1911 to 2009: A Mortality Multiplier Approach, SOEP Papers on Multidisciplinary Panel Data Research 462, Berlin 2012.
- 8 Zipfel, Frank: Erbschaftsteuer, die Dritte: Bundesverfassungsgerichtsurteil im Spätherbst erwartet, Deutsche Bank Research, Research Briefing Deutschland, Frankfurt am Main 7. November 2014.
- 9 OECD: In It Together: Why Less Inequality Benefits All, OECD Publishing, Paris 2015.